

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redaktions- und Geschäftsstelle:
Erich Kirschinghaus, Berlin.
Telefon: Axel Dönitz 4196/4198



Abdruck für Verlag und Verbreitung:
Berlin G 23 01, Zeitsch. - Museum - Platz 6
Druckverlag: Copeland

Die Veröffentlichung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Rücknahme ist nicht möglich.
Der Druckverlag, wenn nicht anders verordnet, ist Erfüllungsort für beide Teile des Textes.

Berlin, den 24. Jan. 1933.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Der Mohrentritt.

Hugenbergs "Dank" an Schleicher.

SPD. Im Lager der Rechten wird zäh um die Macht gekämpft. Man spricht von neuen Staatsstreichplänen, von der Absicht der Regierung, mit Hilfe eines sogenannten Staatsnotstandes den Reichstag aufzulösen, ohne Neuwahlen anzusetzen, von der "Erschliessung eines neuen verfassungsmässigen Weges", wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung" es nennt. Ein solcher neuer verfassungsmässiger Weg würde natürlich nur ein Weg des Staatsstreichs sein.

Die Regierung Schleicher dementiert diese Gerüchte. Sie markiert Stärke. Aber das Auftauchen solcher Gerüchte und Pläne zeigt nur, dass die gegenwärtige Haltung der Regierung Schleicher keineswegs innerer Kraft entspricht. Denn es vollzieht sich auf der Rechten eine bemerkenswerte Änderung. Die Regierung Schleicher hat von der Regierung Papen die Sorge für die Interessen der Deutschnationalen übernommen. Oder umgekehrt! Die Deutschnationalen haben nach dem Rücktritt von Papen in der Regierung Schleicher ein ihren Interessen trauergebenes Instrument erhalten, das sie deshalb, vom Landbundgeschrei abgesehen, bisher glimpflich behandelt haben. Es hat sich für sie gelohnt. Die preussische Verwaltung ist ihnen bis auf einen kleinen Rest ausgeliefert worden, auf agrarpolitischen und handelspolitischen Gebieten hat die Regierung soviel für sie getan, dass ihr zu tun fast nichts mehr übrig blieb. Buttermanscherei, Vollstreckungsschutz und Osthilfe! Und eben erst sind letzte Reste der preussischen Verwaltung an die Deutschnationalen gegeben worden.

Aber nun fahren die um Hugenberg schweres Geschütz gegen Schleicher auf. Sie schreien wie der Landbund geschrien hat. Sie haben Herrn Schleicher bereits am Sonnabend eine grundsätzliche Entschliessung notifiziert, die der seidenen Schnur gleichkommt. Am Dienstag wurde diese Entschliessung von der Deutschnationalen Reichstagsfraktion aus der Taufe gehoben und veröffentlicht. Sie fordert eine grundsätzliche Änderung in der Wirtschaftspolitik, weil der jetzige Kurs zu - sozialistisch und zu international sei, weil er die Gefahr des Bolschewismus zu gross werden lasse. Sie verlangt eine Regierungsumbildung d.h. den Rücktritt Schleichers, weil nur dadurch eine Liquidierung des falschen Kurses möglich sei.

Schleicher erhält von den Deutschnationalen eine Lektion in deutscher Treue. Er hat vorgeleistet nach Kräften. Er hat bezahlt, was die Deutschnationalen forderten. Er hat sich lächerlich gemacht mit der Margarine-Verordnung. Und statt der erhofften Stützung durch Hugenberg und die Seinen erhält er nun den Fusstritt. In Wahrheit haben die Deutschnationalen bisher regiert. In Wahrheit bestimmen sie den Kurs der Handelspolitik und der Agrarpolitik, unter Schleicher wie unter Papen, und die Fehler wie die Misserfolge dieses Kurses gehen zu ihren Lasten. Da aber nicht Hugenberg sondern Schleicher nach aussen

die Verantwortung trägt, entziehen sich die Deutschnationalen der Verantwortung, indem sie sich bemühen, die Nazis zu überschreien. Vielleicht glauben sie damit ihrem durch die Lippe'schen Wahlen ramponierten Ruf wieder aufzuhelfen. Aber wen werden sie mit dem Nazigeschrei täuschen?

Der jetzige Kurs als sozialistischer Kurs - dass Gott erbarm! Sonderbar Sozialismus, der in dem verrückten Plan der Butterbeimischung zur Margarineerzeugung zum Ausdruck kam. Das ist ungefähr so sozialistisch wie die Herstellung von Ersatzsuppe, Marke Gips mit Baumrinde, im Kriege. Am Ende wird man uns gar noch erzählen, dass die Osthilfe eine internationale sozialistische Massnahme sei. Warum auch nicht, dann wären die Oldenburg-Januschau und die übrigen Gönner der Deutschnationalen aus ihren gegenwärtigen Sorgen heraus denn wenn der gegenwärtige Kurs sozialistisch ist, dann ist der grosse Osthilfe Skandal eben ein marxistischer Skandal! Diese Osthilfe, das ist der Sozialismus der ostelbischen Junker nach der Parole: Junkernutz geht vor Gemeinnutz. Deshalb bemüht sich jetzt auch die Junkerpartei, in eine neue Front mit den Nationalsozialisten zu kommen. Denn der Sozialismus der Nazis und der Junker-Sozialismus ist im Grunde ein und dasselbe.

Die Herren wollen eine Umbildung der Regierung, weil sie noch nicht ge- Osthilfe erhalten haben, weil ihnen die deutsche Wirtschaft zugunsten des Reichsadels noch nicht genug ausgeplündert worden ist. Sie wollen anstelle des Schleicher-Kurses wieder den Papen-Kurs, der dem Volke zu allem hinzu noch das Maul verbunden hat. Ja, sie wollen den Ueber-Papen-Kurs. Sie haben Furcht, dass die Enthüllungen über den ungeheuren Skandal um die Osthilfe eine Welle der Empörung im Volke hervorrufen könnten. Sie wollen eine Regierung, die nach dem Rezept der reaktionären Presse neue verfassungsmässige Wege erschliesst, d.h. die mit dem Staatsstreich den Schleier breitet über die ungeheuerliche Tatsache der Tributzahlung an die ostelbischen Junker, die das Volk beherrschen und dafür auch noch sein Geld haben wollen!

Das Geschrei, mit dem die Deutschnationalen eine neue Harzburger Front begründen wollen, hat verzweifelte Ähnlichkeit mit dem Geschrei des Landbundes. Damals ist von der Regierung Schleicher eine kräftige Abwehr erfolgt. Dann ist es aber still geworden und vor kurzem ist ein sehr merkwürdiger Friede zwischen dem Landbund und dem Reichspräsidenten geschlossen worden, der den Landbund ins Recht gegenüber dem Reichskanzler zu setzen schien. Und nun beginnt das Geschrei von neuem. Der Ausgang des Machtkampfes im Lager der Rechten ist noch undurchsichtig. Aber die kämpfenden Gruppen sind deutlich sichtbar. Eins aber ist vor allem klar: Der Landbund wie die Deutschnationalen setzen in diesem Machtkampf nicht unerhebliche Hoffnungen auf die Person des Reichspräsidenten!

SPD. Wien, 24. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Polizei hat 19 Personen verhaftet, die kürzlich in ein grosses Wiener Warenhaus Tränengasbomben geworfen haben. Die Verhafteten sind teils Mitglieder, teils "Amtswalter" der Hakenkreuzpartei. Die Bomben sind im Keller des Wiener Brauen Hauses fabriziert worden.

SPD. Jeder Tag bringt neue Beweise, dass die Osthilfe ein einziger Herd von Korruption ist, wie am Dienstag im Haushaltsausschuss des Reichstags ohne Widerspruch der Reichsregierung festgestellt wurde. Endlich bequeme sich auch die Regierung, Auskunft über die Einzelfälle zu geben. Obwohl der Reichskommissar Reichardt sich weigerte, zahlenmässige Angaben zu machen - sie sollen in einem Unterausschuss mitgeteilt werden -, waren seine Mitteilungen

doch im grossen und ganzen eine Bestätigung der in den früheren Sitzungen angeprangerten Korruptionsfälle,

Reichardt musste insbesondere zugeben, dass die Hohenzollerngattin sich um Entschuldung bemühe. Die Frau des Exkaisers hat sogar wegen der Entschuldung der Prinzessin Margarete und des Prinzen Hans Georg persönliche Verhandlungen mit dem Leiter der Landstelle geführt. Eine Entscheidung über die Umschuldung dieser beiden Hohenzollernsprösslinge sei noch nicht getroffen. An die Fälle Prinz von Schönburg-Waldenburg, von Weiss-Plauen, Graf Kalkstein, von Wolff-Stettin werden im wesentlichen zugegeben. Bei dem Professor Dr. Ern sei das Sicherungsverfahren aufgehoben worden, nachdem sich herausgestellt habe, dass er nicht im Hauptberuf Landwirt sei, sondern eine einträgliche Zahnpraxis habe. Diese Haltung aber wurde erst eingenommen, nachdem der Fall in der Presse kritisiert worden war. Das zahlreiche Personal in der Oststelle hat anscheinend nicht ausgereicht, um von Anfang an die einfache Tatsache festzustellen, dass es sich nicht um einen Agrarier, sondern um einen raffgierigen deutschnationalen Zahnarzt handelt.

Während der deutschnationalen Abg. Dr. Quaatz neulich hochtrabend und wahrheitswidrig behauptete, der Junker Oldenburg-von Januschau habe sich überhaupt nicht um Entschuldung bemüht, teilte die Reichsregierung jetzt mit, dass seine Entschuldung bereits abgeschlossen sei. Oldenburg solle aber eines von seinen Gütern zur Ansiedlung freigeben. Zahlen über die Höhe des Darlehns an Oldenburg zu nennen, weigerte sich der Regierungsvertreter. Er bestritt aber nicht die sozialdemokratische Feststellung, dass Oldenburg 621 000 Mark Darlehn zugesagt sind. Er bestritt auch nicht, dass Oldenburg für sein Siedlungsland den ungeheuerlichen Betrag von über 600 Mark pro Morgen verlange! Zugegeben wurde auch, dass die beiden Landstellenleiter von Stettin und Rostock sich selbst in Sicherungsverfahren befinden. Allerdings wurden ihre Fälle nicht von ihnen selbst erledigt. Auch musste zugegeben werden, dass viele Treuhänder wegen nicht einwandfreier Tätigkeit hätten abberufen werden müssen.

Dass aber diese der Regierung abgepressten Auskünfte noch lange kein vollkommenes Bild bieten, und dass es sich um viele Hunderte von Fällen schmutzigster Korruption handeln muss, dafür lieferte die Dienstsitzung des Haushaltsausschusses neue Beweise. Der Zentrumsabgeordnete Ersing erwähnte Dutzende von Fällen mit Namen und genauen Einzelheiten. Aus der Fülle seiner Mitteilungen greifen wir nur wenige heraus:

Die beiden Grafen von Kayserling im Kreise Striegau haben in zwei Jahren fast 700 000 Mark Schulden gemacht, ziehen ihre Gläubiger hin und verhindern Zwangsversteigerungen. Ihr ansehnliches Vermögen befindet sich in der Schweiz.

Die Umschuldung des Herrn von Quast-Radensleben erfolgte auf besondere Anweisung des Reichskommissars. Der Leiter des Finanzamts Ruppin äusserte bei Weiterreichung des Antrages über den Antragsteller, seine Schulden seien entstanden, weil er sein Vermögen verjett, verhört und versoffen habe. Trotz dieser schwerwiegenden Beschuldigungen entschied das Reichskommissariat, dass er umgeschuldet werde, da der Besitz seit mehreren Jahrhunderten der Familie gehöre. Die Umschuldung erfolgte derart, dass die gesamte Amerika-Anleihe von der Ritterschaft abgelöst wurde. Ausserdem wurde ihm eine Umschuldungshypothek von 250 000 Mark und ausserdem ein Darlehn aus den Betriebsversicherungsfonds von 31 000 Mark gewährt. Der Herr von Schoenermark-Harneköp ist auf besondere Veranlassung des jetzigen Ministers von Braun umgeschuldet worden. Die Landstelle war gegen die Umschuldung, weil es sich um betriebsfremde Schulden handle. Herr von Braun aber verfügte, dass die Umschuldung nach den hohen Werten eines anderen Gutachtens zu erfolgen hat.

Besonders skandalös liegt der Fall des Rittergutsbesitzers Willy Kroeck im Kreise Wehlau. Um den Antrag auf Osthilfe zu begründen, wurden eheliche Differenzen konstruiert. Der Frau wurde der Viehbestand übereignet. Bei einer späteren Schätzung führte der Rittergutsbesitzer den prächtigen Viehbestand

vor, verschwieg aber, dass er ihm nicht gehört. Daraufhin wurden 154 000 Mark aus Mitteln der Osthilfe ausgezahlt. Trotzdem ging Kroeck in Konkurs. Vor der Versteigerung verschleuderte Frau Kroeck den Viehbestand für 36 000 Mark und stellte das Geld ihrer 20jährigen Tochter als Bietungskautions zur Verfügung. Die Tochter ersteigerte das Gut, die Familiensanierung war geglückt, die ehelichen Differenzen hatten aufgehört. Der Herr Rittergutsbesitzer lebt jetzt mit seiner Frau in Köslin von den Erträgen des von der Tochter verwalteten Gutes. In einem Strafverfahren wegen Betrugs wurde er zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

In den vorhergegangenen Beratungen enthüllte der sozialdemokratische Landarbeiterführer Georg Schmidt ein wahres Bild von der Lage der Landwirtschaft. Er stellte zunächst fest, dass es bei den Landwirten üblich geworden sei, die Landarbeiterlöhne und die Sozialbeiträge nicht zu zahlen, um ihre Notlage zu demonstrieren. In Wirklichkeit sei die Lage der Landwirtschaft weit besser. Immer mehr Betriebe hätten mit einem Reinertrag abgeschlossen. Wenn von 500 000 landwirtschaftlichen Betrieben nur 72 000 die Osthilfe in Anspruch nehmen, so sei auch das ein Beweis, dass die Verhältnisse nicht gleichmässig schlecht sind. Wenn jetzt die Grossagrarien die Magazinierung von einer Million Tonnen Getreide verlangten, so handle es sich auch dabei nur um die Hochtreibung der Preise und um die Sanierung des Grossbesitzes auf Kosten der Steuerzahler. Die Angaben über das Steigen des Sozialaufwandes in der Landwirtschaft seien übertrieben, er sei von 1925 bis 1930 von 12 auf 19 Mark je ha. gestiegen. Vergleiche mit der Vorkriegszeit seien irreführend, da damals nur die kärgliche Invaliden- und Unfallversicherung in Betracht gekommen seien.

Die Bezieher von Osthilfegeldern seien der Meinung, sie könnten als wohlbestallte Staatsrentner genau dasselbe verschwenderische Leben führen wie in früheren Jahren, wo sie durch dieses Leben in Schulden geraten seien. Bei den Zentralen sei vielfach der gute Wille zur Objektivität vorhanden, aber je weiter man nach unten und je weiter man nach dem Osten komme, umso mehr entscheide die bekannte Vetterwirtschaft. Dazu komme, dass die nationalsozialistische Landwirte, die Osthilfe bezogen haben, damit die Hitlerpartei unterstützten. So z.B. die Rittergutsbesitzerin Karola Höpfner aus Wesselowen, Kreis Oletzka, Rittergutsbesitzer Kihn aus Stoppenorth und den Grafen von Kalnien-Kilges von Wrangel-Gerdauen.

Schmidt wandte sich schliesslich noch gegen den deutschnationalen Junker von Restorff, der erklärt hat die Landarbeiter verstanden die Not der Gutsbesitzer. Nirgends finde die kritische Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den Subventionen und der Osthilfe soviel Verständnis wie bei den Landarbeitern. Denn keine Berufsgruppe sehe täglich den Unterschied in der Lebenshaltung und die tiefgehende Klassenscheidung so drastisch wie der darbende Landarbeiter im Kampfe gegen den prassenden Junker.

SPD. Paris, 24. Januar (Eig. Drahtb.)

Vor dem Pariser Kriegsgericht hat am Dienstag der Prozess gegen den Schriftsteller Guilbaux begonnen, der im Jahre 1919 im Abwesenheitsverfahren wegen angeblicher Begünstigung Deutschlands während des Krieges zum Tode verurteilt worden war.

Guilbaux, der seit den letzten Kriegsjahren in Russland und in Deutschland gelebt hat, war von Heimweh gepackt im August vorigen Jahres nach Frankreich zurückgekehrt und hatte sich freiwillig den Behörden gestellt. In dem Wiederanfrageverfahren haben ihn zahlreiche Zeugen stark belastet, sodass er trotz heftigen Protestes der Liga für Menschenrechte und anderer Linksorganisationen unter Anklage gestellt worden ist. Guilbaux wird von dem bekanntesten Rechtsanwalt Frankreichs, dem Abgeordneten Torres, verteidigt.

Der Verteidiger beantragte im Verlauf des ersten Prozess-Tages das Verfahren einzustellen, da nach einer Gesetzesbestimmung ein mindestens zehn Jahre nach der ersten Untersuchung eingeleitetes Strafverfahren verjährt sei.

SPD. Breslau, 24. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag nahm Professor Dr. Cohn seine Vorlesungen an der Breslauer Universität wieder auf. Sofort begann auch wieder der Krach der Nazistudenten in und vor der Universität.

Die Rowdies begnügten sich diesmal nicht mit Singen und Schreien. An verschiedenen Stellen der Universität wurden Tränengas- und Stinkbomben geworfen. In einer Fernsprechkabine wurde ein Kanonschlag abgebrannt. Die Polizei trieb zweihundert Rowdies aus dem Gebäude und verhaftete zehn, die jedoch wieder freigelassen wurden. Vor der Universität lärmte die SA stundenlang, bis sie mit dem Gummiknüppel vertrieben war. Zwei Nazistudenten wurden schwer verletzt. Die Vorlesung von Professor Cohn selbst verlief ungestört, da von den Universitätsbehörden hinreichende Sicherungsmassnahmen getroffen worden waren.

Die republikanische Presse bemerkt zu den schweren Tumulten, dass die Vorfälle in und vor der Universität als nationalsozialistische Parteikundgebung zu betrachten seien. Die lärmenden Studenten hätten fast ununterbrochen das Horst Wessel-Lied sowie das SA-Lied gebrüllt und den hakenkreuzlerischen Radauf: "Deutschland erwache!" und "Juda verrecke!" ertönen lassen. Es lasse sich nachweisen, dass die Demonstration bereits am Montagabend von den nationalsozialistischen Studentenverbänden beschlossen worden sei.

SPD. Dessau, 24. Januar (Eig. Drahtb.)

In Dessau kam es zwischen Nazis und Arbeitern zu schweren Zwischenfällen.

Eine Kolonne des von der Naziregierung militärisch aufgezogenen Arbeitsdienstes zog durch die Strassen Dessaus und sang wiederum Lieder mit Morddrohungen gegen Severing und die lokalen Arbeiterführer. Auf höfliches Vorhalten eines auf den Führer der Kolonne zutretenden Mannes und auf Protestrufe von Vorübergehenden liess der Führer die Kolonne halten und kehrt machen. Auf das Kommando: "Los!" nahmen die Arbeitsfreiwilligen ihre Lederkoppel ab und schlugen wahllos auf das Publikum ein. U.a. wurde auch ein Schwerkriegsbeschädigter misshandelt.

SPD. New York, 24. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Wiederaufnahmeverfahren gegen die zum Tode verurteilten sieben jungen Neger hat eine sensationelle Wendung genommen. Eines der beiden von den sieben Negern angeblich vergewaltigten weissen Mädchen hat seine Belastungsaussage zurückgenommen und für falsch erklärt. Auf Grund dieser belastenden Aussagen waren die Neger wegen Schändung weisser Frauen zum Tode verurteilt worden, obgleich alle Verurteilten ihre Unschuld beteuert haben. Die Vollstreckung des Todesurteils wurde bisher durch den Protest der europäischen Kulturwelt und der Arbeiterorganisationen verhindert.

SPD. Hannover, 24. Januar (Eig. Drahtb.)

In Göttingen wurde der Universitätsoberinspektor Goschmann unter dem Verdacht des "Hochverrats" verhaftet. In der Privatwohnung Goschmanns wurde ein grösserer Vorrat kommunistischer Zersetzungsschriften gefunden. Mit Goschmann wurden mehrere Kommunisten aus Hannover festgenommen.

SPD. Paris, 24. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Finanzkommission der Kammer hat am Dienstag-Nachmittag die Ausarbeitung des Finanz-Sanierungsprojektes beendet.

Die Kommission lehnte die in dem sozialistischen Gegenprojekt enthaltene Verstaatlichung des Versicherungswesens und Schaffung eines Petroleummonopols ab. Ferner fand die von den Sozialisten geforderte Herabsetzung der Kredite für die Landesverteidigung um eine Milliarde Francs keine Zustimmung. Angenommen wurde der Regierungsvorschlag, der eine Kürzung um 638 Millionen vorsieht. Dieser Beschluss ist vor allem auf Erklärungen des Kriegsministers zurückzuführen. Er äusserte vor der Kommission, dass er zurzeit für sein Ressort nur die in der Regierungsvorlage vorgesehenen 212 Millionen annehmen könne, aber bereit sei, in weitere Kürzungen einzuwilligen, sobald die von ihm geplante Reorganisation des Heeres durchgeführt sei. Der Marineminister lehnte unter Hinweis auf die zahlreichen Neubauten der italienischen Flotte jedes über die Regierungsvorlage hinausgehende Zugeständnis ab.

Finanzminister Chéron erklärte vor dem Abschluss der Kommissionsberatungen, dass er die Beschlüsse, die sich auf die direkten Steuern beziehen, im Plenum ablehnen werde. Er könne nicht zulassen, dass die gesetzlichen Bestimmungen über die Erbschaftssteuern, die nach dem Vorschlag der Sozialisten abgeändert worden sind, aufgehoben, der Tilgungskasse die Regelung der Kriegspensionen übertragen und alle Aktien in Namensaktien umgewandelt würden, da diese Massnahmen das Vertrauen zur Regierung beeinträchtigten. Er brauche aber Vertrauen in einer Zeit, in der neue Anleihen aufgelegt werden müssten. Paul Boncour äusserte sich in ähnlichem Sinne. Die Kommission billigte trotzdem die gesamte von ihr ausgearbeitete Vorlage mit 16 gegen 11 Stimmen. Der Bericht über die Vorlage wird am Mittwoch veröffentlicht werden, sodass die Debatte im Plenum am Donnerstag beginnen kann.

SPD. Köln, 24. Januar (Eig. Drahtb.)

In Köln geht ein neuer Raubmord eines SA-Mannes seiner Aufklärung entgegen.

Vor einigen Wochen wurde am Rudolfsplatz ein Geldbriefträger und eine Frau ermordet. Unter dem Verdacht der Beihilfe ist am Dienstag der Neffe der Toten, ein 22jähriger SA-Mann verhaftet worden, der in voller Nazi-Uniform der Beerdigung der ermordeten Tante beigewohnt hat. Der Verhaftete hat im vergangenen Jahr 3½tausend Mark unterschlagen und verjubelt.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei kündigt in einer sehr scharfen Erklärung erbitterten Widerspruch an gegen jede verfassungswidrige Ausschaltung der Volksvertretung und gegen die Proklamierung eines "Staatsnotstandes".

SPD. Köln, 24. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Kriminalpolizei ist einem menschlichen Vampyr auf die Spur gekommen.

Wegen Ermordung einer Hausangestellten sitzt in Köln seit einigen Wochen der Italiener Barcelona in Haft. In Belgien wurde er wegen zahlreicher Diebstähle zu einigen Jahren Gefängnis verurteilt und nach der Verbüßung ausgewiesen. Die Kölner Kriminalpolizei hat jetzt festgestellt, dass in Lüttich

eine Frau Vanage in ständiger Verbindung mit dem Mörder gewesen ist. Sie hat einem Kölner Kriminalisten angegeben, dass Barcelona sie gezwungen habe, einen Vertrag zu unterschreiben, in dem sie sich verpflichtet habe, dauernd für den Lebensunterhalt des Italieners zu sorgen, sonst werde er der Polizei mitteilen, dass sie ein Mädchen in Lüttich mit vergiftetem Kaffee getötet habe. Dieses Mädchen ist tatsächlich eines Tages tot aufgefunden worden. Die Polizei hatte damals einen Unglücksfall durch Gasvergiftung angenommen. Die Frau bestritt die Beschuldigung des Barcelona, trotzdem wurde sie jetzt in Lüttich verhaftet. Ferner soll der Italiener vor seiner Abreise aus Italien, vor etwa vier oder fünf Jahren, ein Mädchen ermordet haben. Barcelona bestreitet alle Beschuldigungen. Der Tatverdacht gegen ihn ist aber sehr dringend.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Staatliches Notstandsrecht?

SPD. Die innenpolitische Lage ist heute fast haargenau dieselbe wie in den letzten Wochen des Kabinetts Papen. Die Regierung sieht sich einem Reichstag gegenüber, in dem es für sie keine Mehrheit gibt.

Wie sein Vorgänger hat Herr von Schleicher vergeblich auf die Unterstützung oder die Tolerierung durch die Nationalsozialisten gehofft. Er mag im Parlament eine etwas breitere Basis unter den Füßen haben als das Kabinett, das er ablöste, aber da Hitler auf seinem alles oder nichts besteht, können der Regierung das Zentrum und die Splitterparteien keine Rettung bringen. Ob der Reichskanzler selber alles unternommen hat, um sich die nötige Stütze zu verschaffen, ob er nicht allzuviel Zeit mit den von vornherein aussichtslosen Bemühungen um die Strasserlösung vertan und dann enttäuscht den Dingen ihren Lauf gelassen hat, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls steht er heute mit leeren Händen da.

Im Lande draussen ist sein Anhang womöglich noch geringer als im Parlament. Ueber die Stimmung in der Arbeiterschaft brauchen wir nicht zu reden. Wichtiger ist in diesem Zusammenhang, dass auch in den Lagern derjenigen, die die neue Regierung ursprünglich willkommen hiessen, die Kritik an ihr immer heftiger und bitterer wird. Man wirft Herrn von Schleicher Untätigkeit und den Mangel einer gradlinigen Politik vor. Die Massnahmen, die er bisher getroffen hat, seien unzureichend oder gänzlich verfehlt. Sein Kabinett habe überhaupt kein Gesicht. Papen wird ihm gegenüber herausgestrichen. Der habe wenigstens ein klares individualistisch-privatwirtschaftliches Aufbauprogramm gehabt. Sein Nachfolger wolle nach eigenem Bekenntnis eine "grundsatzfreie Politik" treiben, und er lasse sich von dem ängstlichen Bemühen leiten, es allen recht zu machen und nirgends anzuecken. "Reichskanzler von Schleicher", so ruft beispielsweise die "Kölnische Zeitung" aus, "muss sich auf seine Führerpflicht besinnen und auf die Notwendigkeit, Autorität auf Leistung zu gründen." Selbstverständlich soll es Leistung im kapitalistischen Sinne sein.

Von der "Abnutzung" des Reichskanzlers sprechen am lautesten natürlich die Nationalsozialisten und ohne allem Zweifel ist für ihre Hinausschiebung der parlamentarischen Entscheidung, die möglicherweise im Ältestenrat oder im Plenum noch eine Wiederholung findet, auch der Wunsch mit massgebend gewesen, diesen Abnutzungsprozess sich vollziehen zu lassen. An seinem Ende soll dann die Unvermeidlichkeit einer Berufung Adolf Hitlers stehen.

Diese Erwartung mag einstweilen eitel sein, aber die Verschleppungsmanöver haben die Folge gehabt, dass genau wie in Papens letzten Tagen das Spiel hinter den Kulissen wieder in Gang gesetzt worden ist. Intrigen werden angezettelt, Fallstricke werden gelegt und alle die Einflüsse, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen, sind wieder am Werke. Unverantwortliche Ratgeber suchen die massgebenden Stellen für unverantwortliche Massnahmen zu gewinnen. Neue Männer werden in Vorschlag gebracht, und vor allem werden Rezepte angepriesen, deren Verwendung der autoritären Staatsführung endgültig auf die Beine helfen sollen.

Dabei steht die Idee des staatlichen Notstandsrechts, propagiert in erster Linie von den Deutschnationalen und ihren aus sehr egoistischen Gründen antidemokratischen Anhang, aufs neue im Vordergrund. Wenn eine Regierung keine Ausweg mehr sieht, dann kann sie sich, so wird dargetan, über die Verfassung hinwegsetzen, weil der Staat leben muss. Praktisch gesprochen: der Reichstag soll aufgelöst werden, ohne dass ein neuer an seine Stelle tritt. Das Parlament versagt, also hat der Reichspräsident nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, das Parlament auszuschalten.

Das "staatliche Notstandsrecht" aber ist nichts anderes als der Versuch, dem offenen Verfassungsbruch so etwas wie ein naturrechtliches Mäntelchen um-

zuhängen. Der bekannte Staatsrechtslehrer Hans Kelsen sagt völlig zutreffend: "Hinter der treuherzigen Versicherung, dass der Staat "leben" müsse, verbirgt sich meist nur der rücksichtslose Wille, dass der Staat so leben müsse, wie es diejenigen für richtig halten, die sich der Rechtfertigung eines Staatsnotrechts bedienen." Man kann in diesem Falle erläuternd hinzufügen: wie es die für richtig halten, die von dem Parlament eine Schädigung ihrer Interessen befürchten und die gewisse Dinge, wie etwa die Verteilung der Industriesubventionen und der Osthilfegelder Geheimnis der Ministerialbürokratie bleiben lassen möchten.

Proklamierung des staatlichen Notstandsrechts ist mit einem Worte Staatsstreich, ist Revolution von oben, und es lässt sich daher begreifen, dass Schleicher in für die Presse bestimmten Erklärungen von den ihm nachgesagten Absichten abrückt. Aber wir sind durch Erfahrung gewitzigt solchen Dementis gegenüber sehr vorsichtig geworden. Wir erinnern uns an die halbamtlichen Erklärungen und Beteuerungen aus der Zeit, in der es mit Papen ungefähr so stand wie heute mit Schleicher. Und ausserdem braucht das, was im Augenblick und für den gegenwärtigen Kanzler vielleicht richtig sein könnte, nicht richtig zu sein für den Moment, wo der Reichstag sein Misstrauensvotum ausgesprochen hat, oder wo ein anderer Mann zur Staatsführung berufen wird.

Es ist daher unsere Pflicht, die Arbeiterklasse nicht nur sondern alle, denen der Grundsatz der Verfassung, nach der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, keine leere Phrase ist, auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Es gilt die leitenden Organe des Staates vor einem Schritt zu warnen, durch den jedes Rechtsgefühl und damit jede Rechtsordnung zerstört würde. Die Folgen wären nicht nur für die Wirtschaft verhängnisvoll. Verfassungsbruch bleibt, welchen Namen er auch führen mag, Verfassungsbruch, und wenn man ihn als natürliches Recht der Regierung hinstellt, so besitzen die, zu deren Nachteil er unternommen wird, ein noch höheres Recht, sich gegen ihn zur Wehr zu setzen.

Gewiss, wir kommen um die melancholische Feststellung nicht herum, dass die Notstandstheorie gewachsen ist auf dem Boden, den die demokratiefeindlichen Parteien der Nationalsozialisten und Kommunisten bereitet haben, dass also Millionen von Wählern selber die Schuld tragen, wenn die, die ihnen ihr Recht rauben wollen, jetzt ihrem Ziel nahe zu sein glauben. Aber auch diese Tatsache kann das Verlassen des verfassungsmässigen Weges und die Hinwendung zur Diktatur nicht rechtfertigen. Sie sollte nur eine Mahnung für alle sein, bei den Neuwahlen, die vollzogen werden müssen, wenn es im Reichstag keine Regierungs- oder Tolerierungsmehrheit gibt, die Massen darüber aufzuklären, wie sie wider sich selbst wüten, wenn sie Parteien unterstützen, die die parlamentarische durch eine andere Regierungsform ersetzen wollen. Und eine ihrer Pflicht bewusste Regierung müsste an dieser Aufklärung mit allem Eifer mitwirken.

Rudolf Breitscheid.

SPD. Aus Paris kommt eine Nachricht die auch in Deutschland höchste Beachtung verdient. Am Montag hat die Finanzkommission der Kammer beschlossen, dass künftig in allen Gemeinden die Steuerlisten der Einkommensteuer öffentlich angeschlagen werden sollen. Auch sollen die Banken verpflichtet werden, den Steuerbehörden die Namen ihrer Konteninhaber mitzuteilen. Man hofft damit die Steuerflucht zu bekämpfen.

In allen Ländern besteht danach derselbe Zustand: die Kapitalisten suchen sich ihrer Steuerpflicht zu entziehen. Kein Staat, der die Kapitalisten zur ehrlichen Steuerzahlung heranziehen will, kann auf Zwangsmittel gegenüber den Drückebergern verzichten. Es mag zweifelhaft sein, ob die französische Kammer dem Beschluss ihrer Finanzkommission beitreten wird, und ob der Senat, der noch reaktionärer zusammengesetzt ist, nicht seine Zustimmung versagt. Was aber auch aus diesem Beschluss der Finanzkommission werden möge, der Gedanke der öffentlichen Kontrolle der Steuerleistungen der Kapitalisten macht Fortschritte.

Glossen

ERSCHEINUNG NACHBEDARF

Niemals vergessen!

SPD. Das Osthilfe-Panama wird aufgedeckt. Es stinkt zum Himmel und mitten im Skandal steht die Person des Junkers von Oldenburg-Januschau.

Er gehört zu dem Neudecker Kreis, er ist das Haupt der Kamarilla um den Reichspräsidenten. Er hat mit dem Gelde anderer Leute dem Reichspräsidenten ein Rittergut geschenkt. Er schreit mit der Kamarilla über die Not der Landwirtschaft und hat sich mit seinem Geschrei Hunderttausende als Osthilfsgelder verschafft!

Dieser Junker, der auf das Volk ruft, lässt sich mit den Leiden des Volkes entschulden, er nimmt die Tribute der Notleidenden für sein eigenes Wohlergehen!

Dieser Mann charakterisiert den ostelbischen Feudaladel, den Krebsbissen Deutschlands. Wir werden niemals vergessen, dass dieser Mann mitten im Kriege, als der Hunger begann, sein Land nicht bestellen liess! Der Brief, den er am 12. April 1915 an Herrn von Löbell geschrieben hat, wird immer wieder der Vergessenheit entrissen werden! In diesem Briefe hiess es:

"Liebster Exzellenz Fritz!

Im Begliffe, nach Polen auf meinen Posten zurückzugehen, danke ich Gott, die Schererei mit den Gütern und der Civil-Verwaltung los zu sein. Es ist auf dem Lande jetzt tatsächlich unerträglich mit den täglich wechselnden Verordnungen. Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht und so machen es Viele, weil die Unsicherheit der Ernte und der Bestimmungen zu gross ist. Die Sache mit den Kartoffeln ist jetzt einigermaßen vernünftig, von den Schweinen wird die Hälfte in der Pökeltonne verfaulen. Die Erbitterung auf dem Lande ist sehr gross und wird sich nach dem Kriege entladen. Dazu kommt, dass das Vertrauen zu der obersten Kriegsleitung in allen Kreisen immer mehr schwindet. Dass das Vertrauen zu der obersten Civil-Leitung längst fehlt, weisst Du. - Nun aber Schwamm drüber."

Die ostelbischen Junker haben mit dem Volke nichts zu tun. Ob das Volk hungert, ist ihnen gleichgültig! Sie haben im Kriege schamloseste Erpressungspolitik mit der Not des Volkes verübt, um ihre eigenen Vorteile durchzusetzen. Sie benützen jetzt wieder die Not des Volkes, um sich gewaltige Tribute auf Kosten der Steuerzahler zu verschaffen. Sie sind die Feinde des Volkes!

Militaristische Geschichtslüge.

Das Organ des Stahlhelm beschäftigt sich noch einmal mit dem Streit der Generale. Es wendet sich gegen den General Litzmann und seine Polemik gegen den Generalfeldmarschall von Hindenburg. Darin heisst es:

"Wir möchten den General Litzmann auf die Ausführungen Moltkes hinweisen, der bei der Vorlage des Generalstabswerkes von 1848/71 jede Kritik an den grossen Heerführern untersagte, weil man dem Volk seine Kriegshelden, die Ungeheures für das Volk geleistet haben, unter keinen Umständen herabwürdigen dürfe."

Die Herren Generale wollen sich selbst für unfehlbar, für über jede Kritik erhaben erklären! Hier ist ein offenes Bekenntnis zur militaristischen Geschichtslüge gegenüber dem Volke. Wenn die grossen Heerführer nicht kritisiert werden dürfen, werden ihre Sünden andern aufgeladen, zuletzt den Solda-

ten! Die Herren Generäle werden zu Helden hinaufgehoben und das Volk bekommt die Prügel! Dass solche Moral im stockreaktionären Stahlhelm gepredigt wird, nimmt nicht weiter wunder!

Braune Presskorruption.

Der Nazi-Gauleiter von Oberbayern gibt eine Sonntagszeitung heraus, für die er an den Münchener Plakatsäulen ein Wettbewerbausschreiben erliess, mit der folgenden Aufforderung:

"Die Sonntag-Morgenpost" wird unsoziales und sittenwidriges Verhalten von Einzelpersonen ins rechte Licht rücken. Die Schriftleitung veranstaltet einen Wettbewerb, der den Beobachtungssinn der Münchenerinnen und Münchener scharfen soll. Für Mitteilungen von Beobachtungen vorerwähnter Art werden 50 Prämien im Werte von 5 - 50 Mark ausgesetzt."

Wer Klatsch über seinen Nächsten gehört hat, soll ihn weitertragen, damit ihn das nationalsozialistische Revolver- und Skandalblatt abdrucken kann! Ob der Gauleiter Wagner von München bei diesem Geschäft die Schande seiner eigenen Partei vorgehalten wird? Es sollte ihm einer Röhms Briefwechsel schicken. Herr Streicher könnte seine Memoiren anbieten, Herr Esser könnte erzählen, wie man Redakteur des illustrierten Beobachter wird, Herr Pfarrer Münchmeyer müsste sicherlich interessante Partien beizutragen und schliesslich könnte Hitler selbst von sich zu erzählen anfangen. Man hat immer noch nicht gehört, warum sich seine Nichte in seiner Wohnung erschossen hat!

Der Gauleiter Wagner von München aber versteht das Geschäft. In der zweiten Nummer des Blattes hat er über die Inventurausverkäufe von zwei Firmen schimpfen lassen. Die beiden Firmen gaben Inserate. In Nr.3 wurde danach das Geschimpfe von Nr.2 als "saudummer Schmarren" bezeichnet! Das ist die Methode des Revolverjournalismus, die ausgerechnet am Sitze des Hitler'schen Braunen Hauses von der Nationalsozialistischen Partei ganz offiziell betrieben wird! Sie müssen das Geld dringend nötig haben, wenn sie schon zu solchen Mitteln greifen!

Hilfe für Hitler.

Die Nationalsozialistische Partei ist in grosser Geldklemme. Sie versucht überall herumzupumpen, weil die alten Gläubiger ungemütlich werden. Und wenn sich auch Dumme in Schweden gefunden haben, die 800 000 Schwedenkronen geliehen haben, so sind damit die grossen Löcher nicht zuzustopfen. Wir erlauben uns Herrn Adolf Hitler auf eine kommende Gelegenheit zur Sanierung ergebenst hinzuweisen:

Anfangs Februar wird der Goldmacher Franz Tausend, der seine drei Jahre acht Monate Gefängnis im Zellengefängnis von Nürnberg verbüsst hat, aus dem Gefängnis entlassen. Der Goldmacher Tausend hat vor seinem Prozess eine grosse Klientel gehabt. Er wird zwar dem notleidenden Hitler kein wirkliches Gold fabrizieren können, obwohl er im Gefängnis mit Goldarbeiten beschäftigt worden ist und also in der Branche geblieben ist. Dafür aber hat er sich ganz ausgezeichnet auf die Dummheit der Mitmenschen und ihre Schröpfung verstanden. Wie wäre es wenn die Nationalsozialistische Partei sich diesen Mann als Finanzminister engagieren würde?

Er würde so ausgezeichnet zu ihr passen! Er verstand es meisterlich, mit geheimnisvollen Ankündigungen grosse Hoffnungen zu erwecken. Er verstand, hohle Versprechungen so an den Mann zu bringen, dass die Gläubigen trotz offenkundigen Misserfolgs nicht irre wurden!

Wir sehen nur ein Hindernis, das die Nationalsozialisten bewegen könnte, sich diesen Mann nicht zu holen: sie könnten in ihm vielleicht eine zu grosse und gefährliche Konkurrenz für Adolf Hitler erblicken!

Aus aller Welt

Panoptikum der Zeit.

SPD. Ratschläge an drüben.

In Amerika war man noch nie verlegen um ausgefallene Ideen. Professor Macmahon von der New Yorker Universität rät den Europäern, sie sollten ihre Kriegsschulden an die USA. in Kunstwerken bezahlen, und zwar in Gemälden, Skulpturen, seltenen Büchern und Manuskripten. Also eine einmalige Gelegenheit, unerträgliche Schinken loszuwerden. Wie wäre es mit der Schuldenverrechnung in tausend beinahe echten van Goghs und dreihundert Metern Berliner Siegesallee?

Professor Macmahons Landsmann Dr. Norton schlägt dagegen Elektrizität als Währungsgrundlage statt Gold vor. Ein Zukunftsbild: der Mann, der verzweifelt herumläuft, weil ihm niemand eine Kilowattstunde wechseln kann.

Neues vom Sport.

Vor dreissig Jahren gab es in Deutschland 800.000 aktive Sportler; heute sind es etwa 6 Millionen. Von den 12 Millionen Deutschen zwischen 15 und 25 Jahren betätigt sich also jeder zweite bis dritte sportlich.

Der italienische Futurist Marinetti hat die Zeichen der Zeit erkannt: er will ein Sporttheater eröffnen. Es soll das Gegenstück zum Sportroman und zur Sportplastik sein, die Aufführungen sollen im Freien und sogar auf dem Meer stattfinden - wo die Zuschauer sitzen sollen, hat Marinetti noch nicht erzählt; wahrscheinlich crowlen sie um die Bühne herum.

Das Nasobem.

"...es steht noch nicht im Meyer, es steht auch nicht im Brehm; es trat aus meiner Leier zum ersten Mal ans Licht" besingt Christian Morgenstern das von ihm erfundene Fabeltier namens Nasobem. Jetzt hat man dem toten Dichter den posthumen Gefallen getan, das Nasobem tatsächlich ins Lexikon aufzunehmen; im neuen Brockhaus heisst es: "Nasobem - von Christian Morgenstern erdachtes Fabeltier".

Bridge - automatisch.

In London wurde er erste Bridge-Robot konstruiert - ein Spieltisch, der selbsttätig die Karten mischt und verteilt. Es wird höchste Zeit, dass endlich auch ein Yo-Yo spielender Maschinenmensch erfunden wird; muss man denn alles selbst machen?

Neues von der Autarkie.

Ein Mann aus Innsbruck schickte an seine Braut in Lindau ein Paket, das mit einem Tannenzweig geschmückt war. Er erhielt es von der Zollbehörde zurück mit der Bemerkung, die Einfuhr von Tannen- und Fichtenzweigen nach Deutschland sei verboten...

Hans im Unglück.

Ein Bauer im Dörfchen Eisenschmitt in der Eifel machte einen seltsamen, aber zeitgemässen Tausch: er überliess Zigeunern seinen kleinen Hof und erhielt dafür einen Wohnwagen mit Pferden...

Ordnung ist der halbe Tod.

Über einen Raubüberfall auf das Postamt Kalkerfeld berichtet eine Kölner Zeitung: "Ein Beamter schlug dem Räuber mit dem Poststempel mehrmals auf

den Kopf, sodass er mit Tagesdatum besinnungslos zusammenbrach..."

Neues vom Hl. Bürokratismus.

Wortlaut der Gemeinde-Biersteuerverordnung des bayrischen Finanzministeriums vom 14. November 1932: "Auf Grund des § 1 des 2. Abschnitts der Verordnung vom 26. Juli 1930 (RGBl. I, S. 311/314) und der §§ 1 und 27 der Durchführungsbestimmungen über Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränksteuer und Bürgersteuer vom 4. September 1930 (RGBl. I S. 450) sind die Gemeinden, in abgesonderten Markungen die Bezirke, vorbehaltlich der §§ 1 und 2 des Kapitels II des 1. Teils der Verordnung vom 19. März 1932 (RGBl. I, S. 135) berechtigt, die Gemeindebiersteuer nach den §§ 2 und 7 des 2. Abschnitts der Verordnung vom 26. Juli 1930 (RGBl. I, S. 311/314) in der Fassung des Art. 1 des Kapitels I des 1. Teils der Verordnung vom 1. Dezember 1930 (RGBl. I, S. 517/519) und des § 3 des Kapitels I. des 1. Teils der Verordnung vom 19. März 1932 (RGBl. I S. 135/136) unter Beachtung des § 4 des Kapitels II des 1. Teils der Verordnung vom 19. März 1932 (RGBl. I, S. 135/136) zu erheben."

Teurer Ruhm. Die Amsterdamer städtische Kunstverwaltung will in den Wartsälen des Zentralbahnhofs Gemälde einheimischer Maler aufhängen lassen, um sie dem Publikum zugänglich zu machen. Höchstes Lob für einen Künstler: wenn ein Reisender, in Betrachtung eines jener Gemälde versunken, den Zug versäumt.

Ela.

+ + +

Suche nach Rotters. Die Fahndung nach den des Konkursverbrechens beschuldigten flüchtigen Berliner Theaterdirektoren Gebrüder Rotter verlief bisher negativ. Die Schweizerische Polizei hat die beschuldigten Theaterdirektoren weder in St. Moritz noch anderswo ausfindig machen können. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Rotters bereits in Italien aufhalten. Am Mittwoch will der Rechtsbeistand der beschuldigten Theaterdirektoren mit dem zuständigen Dezenten, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Eichholz, die Frage klären, unter welchen Bedingungen die Staatsanwaltschaft eine freiwillige Rückkehr der Brüder Rotter gutheissen würde. Der Rechtsvertreter der Rotters möchte seine Mandanten vor der Untersuchungshaft bewahren.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Eichholz-Berlin hat die Geschäftsbücher der Rotterkonzerns sicherstellen und flüchtig überprüfen lassen. Nach der Ansicht des gerichtlichen Buch- und Wirtschaftsprüfers Donath ist die Geschäftsgebarung des Rotter-Konzerns äusserst kompliziert und undurchsichtig. Es lässt sich jedoch schon heute sagen, dass die Affäre noch weite Kreise ziehen wird. Ebenso wie die Brüder Rotter werden beispielsweise auch ihre Direktoren Lüpschütz und Apel des Konkursvergehens verdächtigt. Einer Schuldenlast von mehreren Millionen, die teilweise durch Grundstücksmanipulationen verursacht ist, stehen fast keine Aktiven gegenüber.

+ + +

Knöpfke in Lugano. Der frühere Rundfunkdirektor Knöpfke, der der vertragswidrigen Geschäftsverbindung mit der Berliner Druckereifirma I. S. Preuss beschuldigt wird, hat einen Nervenzusammenbruch erlitten und ist nach Lugano gefahren. Knöpfke hat sich jedoch bereit erklärt, einer Ladung der Staatsanwaltschaft jederzeit Folge zu leisten. Nach den bisherigen Ermittlungen hat Knöpfke allem Anschein nach eine hohe Steuerstrafe zu gewärtigen. Ob er sich sonst strafrechtlich vergangen hat, steht noch nicht fest.

+ + +

Die Kältekatastrophe. Die russische Kältewelle hat im Laufe des Dienstag ganz Deutschland überflutet. Nach Mitteilung der öffentlichen Wetterdienststellen dürften die im Reich herrschenden "extremen" Temperaturen vorläufig anhalten; der stärkste Frost scheint jedoch bereits erreicht. Uebermässig starker Schneefall ist nicht mehr zu erwarten.

An den ostfriesischen Inseln ist von Borkum über Norderney bis zur Höhe von Wilhelmshaven die Vereisung der Küste so stark, dass der gesamte Küstendampferverkehr eingestellt werden musste. Am Dienstag hat die kommunale Luftverkehrs-Gesellschaft Wilhelmshaven-Rüstringen den Flugverkehr zu den vom Festland abgeschlossenen Inseln aufgenommen. Auf der Insel Wangeroog sind beide Ärzte an Grippe erkrankt; Flugzeuge brachten Hilfsärzte auf die Insel.

Die Deutsche Lufthansa hat ferner auf Veranlassung des Reichsverkehrsministeriums einen Flugverkehr nach der Insel Pellworm, die durch das Eis von Husum abgeschnitten ist, eingerichtet. Der Verkehr wird vorläufig mit einer Maschine von Flensburg aus durchgeführt. Ausser Post, Lebensmitteln und Medikamenten werden in Ausnahmefällen auch Passagiere mitgenommen. Im übrigen befasst sich der Eisdienst der Lufthansa auch mit der Erkundung und Verproviantierung eingefrorener Schiffe und mit der Beobachtung der Eisbildung auf See.

Infolge des starken Eisgangs musste auf der Mosel, auf der Saar und der Lahn der gesamte Schiffsverkehr eingestellt werden. Auch auf dem Rhein treiben starke Eisschollen; die Radschleppdampfer haben bereits ihren Betrieb eingestellt.

Auch auf der unteren Weser und der Oder können keine Schiffe mehr fahren. Im Hafen von Stralsund mussten mehrere im Eis eingefrorene Dampfer durch Eisbrecher befreit werden. Im Innern von Hinterpommern sind die Verkehrsbehinderungen ungewöhnlich stark: der staatliche Autoverkehr arbeitet nur unregelmässig, in der Nähe von Anklam entgleisten infolge Schneeverwehungen Lokomotive und Packwagen eines Kleinbahnzuges, in der Nähe von Horst blieb ein Eisenbahnzug im Schnee stecken.

In den schlesischen Gebirgen haben die strenge Kälte, heftige Stürme und Schneeverwehungen zahlreiche Sportunfälle zur Folge gehabt: zumeist Unter- und Oberschenkelbrüche beim Skifahren, Handgelenkverletzungen, Blutergüsse, Frostverletzungen und Gehirnerschütterungen. In der Nähe von Neustädte stürzte ein Lastauto auf einer vereisten Landstrasse um und begrub den Chauffeur unter sich; er wurde getötet.

+ + +

Bülowplatz-Justiz. Das Berliner Schnellgericht verurteilte einen angeklagten Kommunisten, der am Sonntag morgen in der Nähe des Bülowplatzes nach einer Schlägerei mit einer Stahlrute angetroffen worden war, zu fünf Monaten Gefängnis. Ein anderer Kommunist, der, ohne besonderen Anlass, nach Waffen durchsucht worden war und bei dem man einen Gummiknüppel gefunden hatte, erhielt drei Monate Gefängnis zudiktiert. Ein 26jähriger Kaufmann wurde wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt.

+ + +

Ehrenmal-Preise. Das Preisgericht im Wettbewerb um das Reichsehrenmal verkündete am Dienstag folgende Entscheidung: "Es werden drei erste Preise zu je 1.000 Mark und zwei zu je 1.500 Mark verteilt. Die drei ersten Preise entfallen auf Bieber und Wackerle-München, Wilhelm Kreis-Dresden zusammen mit dem Bildhauer Marcks-Halle und auf Jansen und Wetzela (Stuttgart)". Der Entwurf Bieber-Wackerle wird vom Preisgericht zur Ausführung empfohlen.

+ + +

Verkehrsunglück. Bei einem Zusammenstoss zwischen einem Kölner Auto und Eisenbahn in der Nähe der mecklenburgischen Stadt Crivitz wurde eine Person getötet, eine verletzt.

+ + +

Gesunken. Der Altonaer Fischdampfer "Vaterland" lief in der Nähe der dänischen Küste auf eine Klippe und scheiterte. Die Besatzung wurde von einem norwegischen Dampfer gerettet.

Die Reichsfinanzen.

Sanierung auf dem Rücken des Volkes.

SPD. Der Reichsfinanzminister hat vor einigen Tagen im Haushaltsausschuss des Reichstags darauf verwiesen, dass die öffentlichen Fehlbeträge in Amerika und Frankreich viel grösser seien als in Deutschland. Aber er hat vergessen zu sagen, auf wessen Kosten die Sanierung der deutschen Finanzen bisher durchgeführt worden ist. Durchgeführt wurden sie nämlich auf Kosten der Gemeinden, auf Kosten der Arbeitslosen und auf Kosten der Massenbelastung.

Kein Zweig der öffentlichen Wirtschaft hat in Deutschland unter den Wirkungen der Krise so schwer gelitten wie die Gemeinden. Das Reich, taub gegen die Not der Gemeinden, wälzte die Lasten der Arbeitslosenunterstützung immer mehr auf die Schultern der Gemeinden ab. Es hat die Gemeinden gezwungen, ihre Besitzsteuern zu senken, und sie daran gehindert, die notwendige Erhöhung dieser Steuern vorzunehmen. Diese Politik der finanziellen Aushungerung war einmal von der Absicht getragen, Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft zu führen; die in den letzten Jahren unter Führung der Sozialdemokratie bedeutende Fortschritte gemacht hat. Des andern sollte diese Politik Kampf gegen die sozialen Ausgaben der Gemeinden sein, die mit aller Gewalt gedrosselt werden mussten, um dem Reich die Bahn für den Abbau seiner eigenen Soziallasten freizumachen. Diese Politik ist leider nicht ohne Erfolg geblieben. Die Gemeinden können den gierigen Griff des Privatkapitalismus nach ihren besten öffentlichen Unternehmungen nur mit Mühe abwenden. Die öffentlichen Aufwendungen für Schulen, für die Fürsorge, für die Volksbildung in den Gemeinden usw. mussten immer aufs Neue zusammengestrichen werden.

Neben den Gemeinden mussten die Arbeitslosen für die Finanzpolitik im Reiche bluten. Nach einer amtlichen Aufstellung, die dem Haushaltsausschuss des Reichstags vorgelegt wurde, haben die Gesamtausgaben für die Arbeitslosenhilfe 1929 = 1 757 Millionen, im Jahre 1930 = 2 778 Millionen, im Jahre 1931 = 3 147 Millionen und im Jahre 1932 = 2 835 Millionen betragen. Danach sind die Erwerbslosenlasten schon im laufenden Rechnungsjahr fast auf den Stand von 1930 gesenkt worden; während im Jahre 1930 aber nur rund 3 Millionen Erwerbslose im Jahresdurchschnitt unterstützt werden mussten, hatten sich im Jahre 1932 fast 6 Millionen in dieselbe Summe zu teilen. Dieses Kunststück war nur möglich, durch rücksichtslosen Abbau der Unterstützungssätze. Allerdings geben wir, verglichen mit dem Jahre 1928, heute etwa 1 200 Millionen Mark mehr für die Unterstützung der Erwerbslosenaus. Dafür hat man aber andere Sozialausgaben abgebaut. Für das Wohlfahrtswesen (ohne Erwerbslosenunterstützung), das Wohnungswesen und die Kriegsversorgung wurden 1928 noch 5 Milliarden Mark aufgewendet, im laufenden Rechnungsjahr noch nicht einmal die Hälfte. Den 1,2 Milliarden Mehrausgaben für Arbeitslosenunterstützung stehen also mehr als 2½ Milliarden Einsparungen an anderen Sozialausgaben gegenüber.

Andererseits zeigt sich eine wachsende Massenbelastung und eine sinkende Besitzbelastung. Die Besitzsteuern sind gesenkt, die Massensteuern aber noch weiter erhöht worden. Die Senkung der Besitzsteuern erstreckt sich insbesondere auf die Grund- und die Gewerbesteuer, die Industriebelastung und die Rentenkbankbelastung, die Kapitalverkehrssteuern und die Kapitalertragssteuer. Die

Massensteuern wurden in erster Linie beim Arbeitseinkommen erhöht; die Lohnsteuer verschärfte sich durch die Beseitigung der Erstattungen. Auf die brutale Krisensteuer folgte die noch brutalere Arbeitslosenabgabe. Dazu kamen die Bürgersteuer, die die Gemeinden in ihrer Finanznot von Jahr zu Jahr erhöhten, und die Grundsteuer, die die Hauswirte auf die Mieten überwälzen durften. Durch Erhöhung der Zölle, der Tabaksteuer, der Zuckersteuer und durch die Wiedereinführung der Salzsteuer wurde der Massenverbrauch betroffen. Dazu fügten die Länder noch die Schlachtsteuer und die Gemeinden die Erhöhung ihrer Alkoholbesteuerung und die vermehrte Belastung durch die Werkstarife der Versorgungsbetriebe.

Während von 1928 bis 1932 die gesamten Reichssteuererträge von 9 Milliarden auf rund 6½ Milliarden abgesunken sind, ist das Aufkommen an Zöllen und Verbrauchsabgaben nahezu unverändert geblieben. Gleichzeitig aber war die Massenbelastung in Ländern und Gemeinden schon bis zum Jahre 1931 um fast 700 Millionen Mark erhöht worden. Die Steuern des Arbeitseinkommens sanken von 1 415 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 1 094 Millionen Mark im laufenden Rechnungsjahr, die Steuern des Besitzeinkommens aber von 2 303 Millionen auf 735 Millionen Mark. Der Anteil des Arbeitseinkommens an der gesamten Einkommensbelastung ist also von 38 auf 60 % gestiegen, der Anteil des Besitzeinkommens von 62 % auf 40 % gesunken.

Die Regierung, die diese Art von antisozialer Steuerpolitik machte, hat natürlich auch vorgesorgt, dass selbst in Jahren einer besseren Wirtschaftskonjunktur das Unrecht nicht gut gemacht werden kann und dass z.B. etwa wachsende Massensteuererträge zu Unterstützungserhöhungen verwendet werden können. Den Hausbesitzern wurde eine Milliardenentlastung an Hauszinssteuern bis zum Jahre 1940 garantiert. Die Besitzsteuern sollen um mehr als 1 Milliarde gesenkt werden; denn nach Wegfall der jetzigen Steuergutscheine soll vom nächsten Jahre ab eine unmittelbare Steuerermässigung im gleichen Ausmass eintreten. Dazu kommen die Milliarden, die auf dem Reichshaushalt an Vorbelastungen für die Sanierung der Banken, der Schwerindustrie, der Grossschifffahrt und als Subventionen an die Rittergutsbesitzer ruhen. Man sieht, die autoritäre Finanzpolitik hat ganze Arbeit geleistet. Die Früchte der finanzpolitischen Reaktion sollen gerade mit der besseren Wirtschaftslage reifen und Junkern und Industriearbeitern dann sicher in den Schoß fallen, wenn sie sich nicht mehr in der politischen Macht behaupten können.

Für die werktätigen Volksschichten ist die Lehre dieser Zahlen einfach und klar: Die Finanzpolitik der letzten Jahre ist die zwangsläufige Folge des Vormarsches der Reaktion und der Ausschaltung des Parlaments und die prompte Quittung auf die Wahlen von 1932. Es wird nicht eher gelingen, das Steuer der deutschen Finanzpolitik wieder auf einen sozialen Kurs herumzuwerfen, bevor es nicht gelingt, die Macht der Gegenrevolution zu brechen und das arbeitende Volk wieder in seine politischen Rechte einzusetzen.

SPD. Die Deutschen Edelstahlwerke, die für das Jahr 1930/31 mit einem Verlust von fast 3 Millionen Mark abschlossen, sehen sich zu einer neuen Sanierung gezwungen. Bereits im Jahre 1931 musste das Kapital, das sich zum grössten Teil im Besitz des Ruhrtrusts und des Klöcknerkonzerns befindet, von 30 auf 20 Millionen Mark herabgesetzt werden. Jetzt ist eine weitere Herabsetzung auf 14 Millionen Mark geplant, um die inzwischen eingetretenen Verluste auszugleichen.

SPD. Der unheilvolle handelspolitische Kurs der Reichsregierung wird von ihr u.a. durch den Hinweis zu verteidigen versucht, den deutschen Viehmarkt mehr als bisher gegenüber dem Ausland zu schützen. Davon erwartet die Reichsregierung das Heil für die deutsche Viehwirtschaft.

Das sind die gleichen Illusionen, als wenn man sich einbildet, durch den Butterbeimischungszwang, der etwa ein Objekt von 30 Millionen Mark ausmacht, die deutsche Butterwirtschaft sanieren zu können. Einmal ist die Einfuhr von ausländischem Vieh bzw. Fleisch nach Deutschland nicht sehr gross. Der deutsche Fleischbedarf wird schon seit längerem bis auf wenige Prozente aus der binnenländischen Produktion gedeckt. Ausserdem besteht ein starker Schutz der deutschen Viehmärkte. Ochsen kosten z.B. gegenwärtig in Berlin 30 Mark, immer pro Zentner; in Kopenhagen (Hauptausfuhrort) liegt der Preis auf nicht ganz 11 Mark. Der Schweinepreis beträgt in Berlin in dieser Woche 34 Mark, in Kopenhagen 22 Mark. Die Preisdifferenzen beweisen, wie gross der Schutz der deutschen Viehmärkte bereits heute schon ist. Die Preisbarrieren sind so gross, dass dänische Viehzüchter, die ihr Vieh nach Deutschland exportieren und es in Berlin oder Essen a.d. Ruhr schlachten und zum Verkauf bringen, überhaupt nichts mehr daran verdienen, sondern noch Geld zusetzen müssen. Das ist wohl der beste Beweis dafür, wie unsinnig das Agrarprogramm der Regierung ist. Für nichts und wieder nichts zerschlägt man aber den deutschen Exporthandel, nimmt Millionen Menschen die Beschäftigung und drosselt den Absatz der deutschen Landwirtschaft, was wiederum auf die deutschen Preise drücken muss.

Berliner Viehmarkt.

(24. Jan.)

SPD. Das Angebot an Schweinen war am Dienstag mit weit über 12 000 Tieren ausserst reichlich ausgefallen, sodass die Käufer billiger an die Ware kamen. Das Geschäft war im grossen und ganzen ruhig. Weniger drängend war das Angebot am Hammelmarkt, wo die Preise bei glattem Handel anzogen. Sehr gesucht waren gute Lämmer. Auf dem Rinder- und Kälbermarkt lag genügendes Angebot vor. Für Kälber waren jedoch die letzten Preise massgebend.

Notierungen: Schweine a) über 300 Pfund - (37), b) 240 - 300 Pfund 36 (36-37), c) 200 - 240 Pfd. 34 - 36 (35-37), d) 160 - 200 Pfd. 33 - 34 (33-35), e) 120 - 160 Pfd. 30 - 32 (31-32), Sauen 32 - 33 (33-34). Schafe: a) 32 - 34 (31-33), b) 30-31 (29-31), c) 27-29 (27-28), d) 17-26 (18-26). Kälber: b) 34-40 (34-40), c) 25-35 (25-35), d) 17-24 (17-24). Kühe: a) 21 - 23 (22-25), b) 18-20 (18-21), c) 15 - 17 (15-17), d) 10 - 14 (10-14).

SPD. Die dem Reich gehörenden Mitteldeutschen Stickstoffwerke (Piesteritz) sollen aus dem Besitz der reichseigenen Viag an den bayerischen Staat übergehen. Das Kapital der Mitteldeutschen Stickstoffwerke beträgt 20 Millionen Mark. Auf Grund eines Pachtvertrages wird Piesteritz schon seit längerer Zeit von den Bayerischen Stickstoffwerken betrieben. Auch hat der bayerische Staat ein Optionsrecht auf Piesteritz. Bei dem Besitzwechsel soll der I.G. Farbenindustrie, die in der Nähe von Piesteritz das Stickstoffwerk Leuna betreibt, eine Unterbeteiligung zugesichert werden.

Weizen schwächer.

(Berliner Getreidebörse vom 24. Jan.)

SPD. Am Dienstag konnten die Stützungsstellen die Roggennotierungen mit Mühe und Not halten. Dagegen gaben die Weizennotierungen nach. Märkischer Weizen verlor eine Mark. Auf dem Promptmarkt büsste die Weizen-Mainotierung 1 1/4 Mark ein und die Weizennotierung per März 1/2 Mark. Das Angebot ist insgesamt kaum schwächer geworden. Insbesondere will man wissen, dass Mitteldeutschland gegenwärtig dabei ist, grössere Mengen an den Berliner Markt zu werfen. Die Stützungsstellen nahmen sowohl Weizen als auch Roggen auf. Da aber die Kauflust der Mühlen und des Handels für Weizen geringer war, kam es für Weizen zu den erwähnten Abschwächungen. In Mehl entwickelte sich nur kleines Bedarfsgeschäft. Hafer und Gerste lagen sehr ruhig.

	23. Jan.	24. Jan.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	182 - 194	181 - 183
Roggen	149 - 151	149 - 151
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industrierogerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	110 - 113	110 - 113
Weizenmehl	22,50-25,75	22,50-25,75
Roggenmehl	19,40-21,50	19,40-21,50
Weizenkleie	8,70- 9,00	8,70- 9,00
Roggenkleie	8,70- 9,00	8,70- 9,00
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 198 - 198 (198 1/2), Mai 198 - 198 1/2 (199 1/4), Roggen März 160 - 160 1/2 (160), Mai 160 3/4 - 161 (160 3/4). Hafer März - (-), Mai - (124).		

Raufutternotierungen.

(24. Jan.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	0,50 - 0,65
" Weizenstroh	"	0,40 - 0,50
" Haferstroh	"	0,40 - 0,50
" Gerstenstroh	"	0,40 - 0,50
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	"	0,75 - 0,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	0,50 - 0,70
" Weizenstroh	"	0,40 - 0,50
Häcksel	Tendenz: sehr still	
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	1,10 - 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken	"	1,75 - 2,05
Luzerne, lose	"	2,25 - 2,55
Thymothee, lose	"	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	"	2,20 - 2,50
Mielitz-Heu, lose, rein	"	-
" " " (Warthe)	"	-
" " " (Havel)	"	-
Drahtgepresstes Heu	Tendenz: fallend.	
	"	0,40 über Mittel

Gewerkschaftliche Rundschau ✱

Sinnlose Opfer.

Kommunisten und Betriebsräte.

SPD. Nirgends zeigt sich der Wahnsinn der kommunistischen Politik greifbarer und abstossender als in der Betriebsrätefrage; denn hier tritt die Zerstörungsarbeit Moskaus durch systematische Aufhetzung der Arbeiter gegen die Gewerkschaften ganz krass in Erscheinung. Trauer, Schmerz und Empörung durchzitterten den Berliner Betriebsrätekongress, als diese Zerstörungsarbeit, dieses Verbrechen an dem Idealismus unzähliger deutscher Arbeiter, von Clemens Nörpel dem Arbeitsrechtler des ADGB., also von berufener Stelle lehrreich und eindringlich geschildert wurde. Der Schatten eines tragischen Verhängnisses lag über der Konferenz. Der Schatten drückte aber die Konferenz nicht nieder. Ein Aufschrei tiefster Empörung über die Schande der kommunistischen Arbeiterverhetzung, ein Aufschrei von Wille, Glaube und Energie zur Überwindung dieses Schandzustandes war das Echo, das Nörpel mit seinem Fanfarenstoss auslöste.

Die Geburtsstunde des Betriebsrätegesetzes - so führte Nörpel aus - ist mit Blut besiegelt. Als im Februar 1920 im Reichstag die Endabstimmungen zum Betriebsrätegesetz stattfanden, war der Reichstag umstellt von demonstrierenden Arbeitern und Angestellten. Man hatte ihnen gesagt, das Betriebsrätegesetz richte sich gegen die Arbeiterklasse. Es gab Tote und Verwundete. Die Gewerkschaften ehren das Andenken der Opfer; denn die Arbeiter, die in den Zusammenstößen mit der Polizei fielen, wollten das Beste, sie waren nur irregeleitet.

Heute wissen die Arbeiter, dass die von ihnen erkämpfte Betriebsräteposition immerhin eine Errungenschaft darstellt, auf der weiter gebaut werden kann. Heute kämpft alles um die Posten der Betriebsräte - auch die Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Bedeutung der Betriebsrätewahlen ist von Jahr zu Jahr gestiegen, und die Bedeutung der bevorstehenden Betriebsrätewahlen braucht man wirklich nicht noch näher zu beleuchten.

Heute fallen aber wieder neue Opfer und leider wieder neue sinnlos gebrachte Opfer. Die Betriebsräte sind da. Aber man lässt sie nicht arbeiten. Man lässt sie nicht hochkommen. Was könnten die Betriebsräte nicht alles leisten, wenn man sie erst einmal ein paar Jahre arbeiten und sich schulen lässt! Ihr Tätigkeitsgebiet ist gross. Was sollen sie nicht alles können! Wo sollen sie nicht überall mitwirken! Ihre Arbeit ist Kleinarbeit aber gerade diese Kleinarbeit ist von grösster Wichtigkeit für den Aufstieg der Arbeiterbewegung.

Was verlangt die kommunistische Führung von den Betriebsräten? Sie verlangt, dass diese sich zu einem Werkzeug für rein parteipolitische Arbeit machen. Und was ist der Effekt dieser kommunistischen Methode? Was haben die Roten Betriebsräte der Kommunisten geleistet? Nichts haben sie geleistet - die kommunistischen Instanzen treffen selbst diese Feststellung. Natürlich konnten die kommunistischen Betriebsräte nichts leisten. Es blieb ihnen ja in der Parolenjagd der KPD nichts anderes übrig, als die Betriebsratstätigkeit an den Nagel zu hängen; sie mussten parteipolitische Tätigkeit ausüben, die aber am Betriebsrätegesetz und am Arbeitsvertragsrecht scheitert. Ununterbrochen werden rote Betriebsräte von den Arbeitgebern fristlos entlassen, weil

weil sie während der Arbeitszeit eine parteipolitische Tätigkeit ausüben. Eben-
so ununterbrochen werden rote Betriebsräte ihres Amtes enthoben, weil sie ihre
Betriebsratstätigkeit mit parteipolitischer Agitation und Propaganda ausfüllen.
Man braucht nur an die Geldsammlungen für die Entsendung von Russlanddelegier-
ten zu erinnern. An sich ist es bewunderungswürdig, wie viele Arbeiter sich
bereit finden, die demagogischen Parolen ihrer in sichere Stellungen befind-
lichen kommunistischen Führer in den Betrieben durchzuführen, auch auf die
Gefahr hin, die eigene Arbeitsstelle zu verlieren. Dieser grosse Idealismus
könnte wahrhaftig zu wertvoller Aufbauarbeit verwendet werden, statt so, wie
gegenwärtig zu einem vollkommen sinnlosen, die gesamte Arbeiterbewegung schwä-
chenden Opfer zu werden.

Nicht Aufklärung und Sammlung, Verwirrung und Verirrung der Geister - da
ist das Resultat des Unfugs, den die Kommunistenführung mit den Betriebsräten
treibt. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Der Berliner Verkehrstreik
war eine solche Frucht kommunistischer Zerstörungsarbeit. Tausende von Stras-
senbahnern blieben auf der Strecke. Dutzende kamen ins Zuchthaus. Die Amne-
stie befreite zwar diese unglücklichen Arbeiter wieder, aber die Tausende, die
auf der Strasse geblieben sind, sind nun einmal draussen, und wenn sich die
Gewerkschaften nicht um sie kümmern - Kommunisten und Nazis, die Verantwort-
lichen des Verkehrstreikverbrechens, kümmern sich nicht um sie.

Opfer werden gebracht, unerhört viel Opfer, aber sinnlose Opfer, weil die
Arbeitereinheit unter der Führung der Gewerkschaften um jeden Preis verhindert
werden soll. Dabei könnte nun allmählich fast schon der Dümme begreifen, dass
der Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse - und dazu
gehört doch auch die Arbeit der Betriebsräte - nur gewonnen werden kann, mit
organisierten Arbeitern und nicht mit Unorganisierten, die nur ernten wollen,
wo sie nicht gesät haben. Mit einem zusammengelaufenen grossen Haufen kann man
wohl Krawall machen, aber nichts aufbauen. Dazu ist die Organisierung der Mas-
sen notwendig. Und wir brauchen starke Gewerkschaften, und in ihnen nicht nur
Mitglieder, sondern vor allem tätige Mitglieder. Wer diese Entwicklung verhin-
dert, ist unser Feind, und gegenüber diesem Feind darf es keine Rücksicht ge-
ben.

Schluss mit der verfluchten Sentimentalität der Kollegen im Betrieb! Rief
Nörpel dem Betriebsrätekongress zu, und stürmischer Beifall antwortete ihm.
Schluss mit der Gutmütigkeit! Haben wir etwa Anlass, uns vor jemanden zu schä-
men? Sind wir etwa keine Sozialisten? Wäre die Kommunistische Partei nicht,
dann wäre die Einheit da. Und daher kein Schwanken in Gedanken und Handlung!
Für uns gibt es nur die freigewerkschaftliche Liste und sonst nichts; denn für
uns gibt es nur eine Arbeitereinheit, die Einheit in der Gewerkschaft.

SPD. Die Reichsanstalt wird in den nächsten Wochen ihren Haushalt für
das Jahr 1933 verabschieden. Der Zentralverband der Angestellten hat daher an
die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates der Reichsanstalt eine
Denkschrift gerichtet, in der auf viele unerbauliche Dinge in den Personalver-
hältnissen aufmerksam gemacht wird.

In einer Vielzahl von Fällen ist nach den Mitteilungen der Denkschrift
der tariflich zustehende Urlaub den Angestellten noch nicht gewährt worden. Bei
dem Arbeitsamt Stettin wurden über 2 000 Ueberstunden geleistet, die weder be-
zahlt noch durch Freizeit abgegolten worden sind und arbeitslosen Angestell-
ten Gelegenheit zur Beschäftigung genommen haben. Das Mass der Arbeitslei-
stung wurde ständig gesteigert, eine zureichende Zuteilung von Personal erfolg-
te aber nicht. Auffallend zahlreich sind die Erkrankungen des Personals. Aber
auch bei Häufung der Krankheitsfälle wurden keine Ersatzkräfte gestellt.

Mit Recht betont die Denkschrift, dass die personalpolitischen Mängel

die Durchführung der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Aufgaben der Reichsanstalt hemmen. Bei unzulänglicher Personalzuteilung können naturgemäss die Vorschriften der Reichsanstalt nicht eingehalten werden.

Man darf wohl erwarten, dass die Reichsanstalt in ihrer Personalpolitik nun endlich einmal ein gutes Beispiel gibt. Die fortgesetzten Personalbeschwerden sind für sie kein Ruhmesblatt. Hoffen wir, dass die sehr sachlich gehaltenen Ausführungen der Denkschrift des ZdA bei den Verwaltungsorganen die notwendige Beachtung finden und bei der Verabschiedung des Haushaltes zu entsprechenden Beschlüssen führen.

SPD. Die Betriebsrats- und Beamtenausschussmitglieder des Gesamtverbandes, die dieser Tage in Berlin versammelt waren, haben gegen die einige Verschleppung der Verabschiedung eines freiheitlichen Beamtenvertretungsgesetzes Protest erhoben. Diese Verschleppung hat vor allem für die Beamten im Vorbezugsdienst, die Diätäre und die Kündigungsbeamten des Reichs, der Länder und Kommunen sowie der sonstigen öffentlich rechtlichen Körperschaften einen Zustand der Rechtlosigkeit geschaffen. Diese Arbeitnehmer sind ohne jeden Kündigungsschutz; ihr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht innerhalb der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen ist entweder ganz ausgeschaltet oder auf ein Mindestmass beschränkt.

Die Delegierten des Gesamtverbandes forderten beschleunigte Verabschiedung eines fortschrittlichen Beamtenvertretungsgesetzes und bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Schutzbestimmungen des Betriebsrätegesetzes auf alle noch nicht auf Lebenszeit angestellten Beamten sowie auf die Beamtenanwärter.

SPD. Die Arbeitslosenkurve in der ersten Januarhälfte bringt, wie der neue Bericht der Reichsanstalt zeigt, keine Ueberraschungen. Nach einer Zunahme von rund 193 000 Arbeitslosen - in der ersten Januarhälfte des Vorjahres fast 300 000 - ergab sich für den Stichtag vom 15. Januar eine Zahl von rund 5 966 000. Im wesentlichen ist die Zunahme auf Witterungseinflüsse zurückzuführen.

Zum ersten Mal nach fünf Jahren - so betont der Bericht - trifft die Arbeitslosenziffer mit der des Vorjahres zusammen. Damit sei die Überlagerung, die seit 1928 in jedem Zeitpunkt gegenüber dem Vorjahr bestanden und die Anfang Juni 1932 noch über 1½ Millionen betragen habe, zunächst überwunden.

In der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zusammen betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger Mitte Januar rund 2 214 000. Hiervon entfielen auf die Arbeitslosenversicherung nach einer Erhöhung um rund 76 000 Unterstützte rund 867 000, während in der Krisenfürsorge ein Zuwachs um rund 66 000 auf rund 1 347 000 stattfand.

+

Die Arbeitslosenziffer von Mitte Januar ist also genau so hoch wie vor einem Jahr. Das sieht auf den ersten Blick aus wie ein Erfolg und reizt zu einem Vergleich. Allein der Schein trügt; im Laufe des letzten Jahres entstand in Deutschland die unsichtbare Arbeitslosigkeit. Die Zahl der unsichtbaren Arbeitslosen, d.h. der Leute, die keine Unterstützung erhalten und daher sich auch nicht mehr auf den Arbeitsämtern melden, steckt noch in der Vorjahrsziffer, die diese jährige Ziffer aber enthält sie nicht. - Allem Anschein nach wird im winterlichen Höhepunkt die Vorjahrsziffer kaum überschritten, allein auch dann gilt das Gleiche wie gegenüber der soeben veröffentlichten neuen Arbeitslosenzahl: die unsichtbare Arbeitslosigkeit ist nicht gezählt.
